

# HERDER- KORRESPONDENZ

MONATSHEFTE FÜR GESELLSCHAFT UND RELIGION

Heft 5

47. Jahrgang

Mai 1993

*Deutschlands Pause von der Weltgeschichte  
ist endgültig zu Ende.*

*Karl Kaiser*

## Ende der Beschaulichkeit

Des „Affentheaters“ (*Helmut Schmidt*) in der konservativ-liberalen Koalition um den Antrag der Freien Demokraten auf Erlassung einer einstweiligen Anordnung gegen die Entscheidung der Bundesregierung für die Beteiligung deutscher Soldaten an den AWACS-Einsätzen zur Überwachung des Flugverbotes über Bosnien-Herzegowina und der ausgesprochen politischen Entscheidung des Zweiten Senates des Bundesverfassungsgerichts hätte es nicht bedurft, um zu erkennen, daß Deutschland sich dringend klar werden muß über die Rolle, die es in Zukunft außen- wie sicherheitspolitisch spielen will. Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und des „real existierenden“ Kommunismus, vor allem nach dem im Zwei-plus-vier-Vertrag zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und den damals noch zwei deutschen Staaten besiegelten Ende der Nachkriegszeit mit ihrer Teilung Deutschlands und Berlins in östliche und westliche Teile ist kaum mehr etwas so, wie man es sich in der „Beschaulichkeit der alten Bundesrepublik“ (*Brigitte Seebacher-Brandt*) ausgemalt und für unabänderlich gehalten hatte.

Man muß kein schnoddriges *Wir-sind-wieder-wer-Gerede* bemühen, nicht leichtfertig von *Normalität* faseln, um zu erkennen: Dem vereinten Deutschland wird weltpolitisch ein größeres Gewicht als der Bonner Teilrepublik zukommen. Auch wenn Deutschland mehr, als die Regierung Kohl-Genscher zunächst glauben machen wollte, mit wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Schaffung einigermaßen vergleichbarer Lebensverhältnisse östlich und westlich der Elbe zu kämpfen hat – die *schiere Größe* des vereinten Deutschland samt seiner gerade auch von ausländischen Beobachtern beschworenen *Wirtschaftskraft* schlägt weltpolitisch zu Buche, ob die Deutschen selbst dies gerne sehen oder nicht.

Auch wenn es dabei keineswegs in erster Linie um ein militär- und sicherheitspolitisches Thema geht, am deutlichsten wird Deutschland gegenwärtig auf diesem Gebiet auf die ausstehende Selbstverständnisdebatte gestoßen. Die Fälle häufen sich, in denen von Deutschland erwartet wird – gestern Bosnien, heute Somalia –, daß es auf berechenbare Weise sagt, welchen Beitrag es zu multinationalen Befriedungsaktionen im Rahmen bzw. im Auftrag der Vereinten Nationen leisten kann und will. Daß man Deutschland auf absehbare Zeit ein ähnlich großes Verständnis wie zum Zeitpunkt des Golfkrieges entgegenbringt, als man sich mit einem ansehnlichen Scheck zufriedengab – die Öffnung der Mauer lag erst zwölf Monate zurück –, ist nicht zu erwarten.

---

### Neue Rolle und alte Bündnisverpflichtungen

---

Zuweilen machte die deutsche Politik zwar den Eindruck, als sei man froh, daß sich eine Zweidrittelmehrheit für irgendeine Lösung nicht abzeichnete. Glaubte man tatsächlich, sich auch weiter keine Gedanken machen zu müssen und das Fehlen einer entsprechenden Mehrheit zur Grundgesetzänderung als Entschuldigung vorschieben zu können? Hoffte man darauf, daß niemand dran rührt und entsprechende Erwartungen im Rahmen von UNO, NATO und KSZE an Deutschland vorübergehen? Diesen Gefallen tat die Weltpolitik Deutschland jedoch bekanntlich nicht. Spätestens mit dem Golfkrieg mußte klar sein, daß sich die Frage einer Beteiligung Deutschlands an multinationalen militärischen Einsätzen, *friedenerhaltenden* wie *friedenschaffenden*, über kurz oder lang erneut stellen würde.

Das Argument von der ungeklärten verfassungsrechtlichen Lage *nutzt sich jedenfalls zusehends ab*. Entweder man schafft umgehend eine neue gesetzliche Grundlage für ein staatliches Handeln, das zum Zeitpunkt der Abfassung des Grundgesetzes außerhalb jeder Vorstellungskraft lag, bzw. kommt zur Einsicht, daß es einer solchen Änderung nicht bedarf, oder aber man zieht sich über kurz oder lang den Verdacht zu, der ungeklärte Verfassungstreit offenbare nur die uneingestandene Tatsache, daß man sich in dieser Angelegenheit gar nicht entscheiden wolle oder könne.

So einschlägig die Frage nach der neuen Rolle Deutschlands inzwischen auch ist – könnten manche Schwierigkeiten mit diesem Thema nicht auch von mancherlei Mißverständnissen herrühren, die die öffentlich geführte Debatte belasten? So sehr etwa die allgemeine sicherheitspolitische Lage gegenüber derjenigen vor fünf oder zehn Jahren nicht wiederzuerkennen ist, muß das vereinte Deutschland seine Außen- und Sicherheitspolitik wirklich gewissermaßen vom *Nullpunkt* aus neu bestimmen? Wohl kaum. Aus der Politik der alten Bundesrepublik bestehen klare Vorgaben, die kein Einigungsvertrag, keine Neudefinition der deutschen Sicherheits- und Außenpolitik in Zweifel ziehen können und werden. Insofern wäre die Redeweise von der „neuen“ Rolle mißdeutet, würde darunter die Infragestellung von fortbestehenden Einbindungen in Bündnisstrukturen verstanden.

### Möchte Deutschland eine Sonderrolle spielen?

Die Vereinigung Deutschlands war nicht die Vereinigung zweier Staaten, die mit diesem Schritt die Verortung in ihren jeweiligen Bündnissen aufgeben und etwas Neuartiges, Drittes geschaffen hätten. Die alte Bundesrepublik wie auch das vereinte Deutschland waren bzw. sind Mitglied der NATO, und keine ernstzunehmende politische Kraft in Deutschland stellt dies gegenwärtig in Frage. In dem Maße, wie der NATO in Zukunft jedoch neuartige Aufgaben auch außerhalb ihres vertraglich festgelegten Einsatzgebietes zufallen – Bosnien-Herzegowina ist wohl nur ein Vorgeschmack –, lautet für Deutschland die Frage insofern auch weniger, *welche Rolle es in Zukunft spielen kann und möchte*, sondern ob es innerhalb oder gar außerhalb dieses Bündnisses auf Dauer eine *Sonderrolle* spielen will – unabhängig zunächst davon, ob die Verbündeten dies überhaupt hinnehmen würden.

Insofern kann man auch manchen beruhigen, der meint, vor der Horrorvision eines Deutschland warnen zu müssen, das erneut hegemoniale Gelüste hegen könnte, das nur danach schiele, sich erneut als Großmacht aufspielen zu können. Diese Vorstellung beruht zwar auf historisch durchaus verständlichen, in der Sache heute aber *kaum begründeten Ängsten*. Mehr oder weniger ausdrücklich wird bei diesen Warnungen vor deutscher Großmannssucht und den Plädoyers für eine angemessene Bescheidenheit und Zurückhaltung unterstellt, es gäbe tatsächlich bzw. Deutschland suche einen Weg zurück

in die erste Hälfte dieses Jahrhunderts. Als wäre Deutschland nicht auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, militärischen Alltags in multilaterale Institutionen und Systeme eingebunden und als bestünde nicht weithin *Konsens darüber, daß dies so gut ist*.

Multilateralität kann allerdings nicht bedeuten, Deutschland solle sich in Zukunft hinter dem breiten Rücken seiner Verbündeten verstecken und nur ausführen, was andere für nötig halten, planen und beschließen. Ebenso wenig kann damit gemeint sein, Deutschland dürfe nicht auch, wie dies die anderen tun, dabei – neben universalistischen Motiven wie Menschenrechten, übernationalem Notstand o. a. – nach *eigenen Interessen* fragen. Es heißt vor allem aber nicht, Deutschland könnte nicht in begründeten Fällen – zumal solchen, in denen historische Belastungen dies nahelegen – auf an sich für sinnvoll gehaltene Beteiligungen verzichten und es bei finanziellen und/oder logistischen Beiträgen bewenden lassen. Nur muß klar sein, was der *Regel-* und was der *Ausnahmefall* ist. Gegenüber der im Rahmen der UN zu konsensfähigen Entscheidungen gekommenen Staatengemeinschaft – gerade auch bei möglichen Gewalteinsetzungen – auf eine per se moralisch höherstehende Einsicht zu rekurrieren, würde nur den Verdacht verstärken, Deutschland strebe doch einem Sonderweg zu.

Deutschland ist im übrigen im Augenblick nicht das einzige Land, das vor der Aufgabe steht, sich sicherheits- und außenpolitisch neu zu verorten. Es ist beileibe nicht so, als hätten alle zum ehemaligen Westen gehörigen weltpolitischen Akteure klar umrissene Rollen, die Deutschland in seiner Planung lediglich berücksichtigen müßte. Eher kann man den Eindruck haben, daß sich Deutschland mit seiner gegenwärtigen Aufgabe in bester Gesellschaft befindet:

Die *Vereinigten Staaten* sind zwar das einzige verbliebene Land, das in der Lage ist, in eigener Regie Weltpolitik zu betreiben und sie gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Angesichts der damit einhergehenden Erwartungen der Weltgemeinschaft tut man sich aber auch in den USA noch schwer. Im übrigen ist die innenpolitische Lage der USA keineswegs so, daß sie sich jedes weltpolitische Engagement leisten könnte. Den Rüstungswettlauf hat zwar die ehemalige Sowjetunion verloren – innenpolitisch hätte den USA ein weniger kostspieliger Militärapparat jedoch auch schon in den letzten zehn Jahren gutgetan. Als weltpolitischer Akteur könnten die USA erheblich an Legitimation einbüßen, wenn sich die inneren und sozialen Gegensätze eines Tages noch weiter verschärfen sollten.

*Frankreich* und *Großbritannien* verdanken ihre herausgehobene Stellung als Ständige Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen der Tatsache, daß sie zu den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs gehören. Sollte *Europa* sich tatsächlich zu einem eigenständigen weltpolitischen Akteur entwickeln – was schon wegen der gegenwärtig singulären Stellung der Amerikaner zu wünschen wäre –, gebührte ihm ein Sitz im UN-Sicherheitsrat. Ein Deutschland, das in dieser Hinsicht eher die europäische Karte spielen würde als die eigene, könnte manche Vorbehalte entkräften. Ob sich Frank-

reich und Großbritannien bereitfänden, in einem solchen Fall gewissermaßen ins europäische Glied zurückzutreten, dürfte eher fraglich sein, ein wenigstens zeitweises Nebeneinander von nationalen europäischen Mitgliedern und einem transnationalen Europa als Mitglied wäre mithin nicht auszuschließen. *Japan* schließlich steht vor ganz ähnlichen Weichenstellungen in bezug auf sein weltpolitisches Engagement wie Deutschland. Eine fortgesetzte Abstinenz würde ihm gleichfalls nicht wenig übelgenommen.

### In welcher Weltordnung sollte Deutschland welche Rolle spielen?

Bei UNO, NATO, KSZE, EG ist die Lage im übrigen nicht weniger unsicher als bei den führenden Nationalstaaten. Die Notwendigkeit Deutschlands, international zu einer neuen Umschreibung der eigenen Rolle zu kommen, fällt mit der *allgemeinen Suche nach einer zukünftigen Weltordnung* zusammen. Es gibt keine Weltordnung, auf die hin Deutschland lediglich seine eigene Rolle individuell neu zu bestimmen hätte. Solange noch auf absehbare Zeit die NATO nicht weiß, wie morgen ihr Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich umschrieben sein wird, und solange nicht klar ist, ob die WEU einmal verstärkte europäische Eigenständigkeit innerhalb der NATO möglich machen wird; solange die Konferenz für Zusammenarbeit und Sicherheit nicht erkennen läßt, ob sie die in sie gestellten hohen Erwartungen eines Tages erfüllen kann; solange bei den Vereinten Nationen das eklatante Mißverhältnis fortbesteht zwischen den langfristig in sie gesetzten Hoffnungen im Rahmen einer mit Gewaltmonopol ausgestatteten Weltinnenpolitik und ihren heutigen äußerst begrenzten Möglichkeiten; und vor allem solange die Europäische Gemeinschaft selbst nicht weiß, ob sie als solche eine eigene bzw. die einzelnen Mitgliedsstaaten hierin nicht wirklich ersetzende, aber doch in ihrer nationalstaatlichen Souveränität zweifellos einschränkende Außen- und Sicherheitspolitik betreiben wird – so lange wird der deutsche Versuch, zu einer neuen schlüssigen sicherheits- und außenpolitischen Position zu kommen, durch eine nur allzu große Menge an Variablen und Unsicherheitsfaktoren behindert, die jede Planung und Konzeptionierung auf wackeligen Füßen stehen lassen.

Deutschland übernimmt international eine neue Rolle zu einem Zeitpunkt – und dies könnte diese mehr als vieles andere bestimmen –, an dem sich eine ganze Reihe von Fragen mehr denn je nur auf *globalem Wege* meistern läßt. Ob im Zusammenhang mit dem Schutz der Urwälder oder einer nachhaltigen Verbesserung der Lebensverhältnisse in den armen Ländern, ob zur Eindämmung einer unkontrollierten Verbreitung von spaltbarem Material oder zur Sicherung eines Welthandels, der im Stile einer globalen Arbeitsteilung Entwicklungsländern Zugang zu den Weltmärkten ermöglicht und garantiert – die wirklich drängenden Probleme dieser Welt sind keine Fragen, die ein einzelner Nationalstaat für sich bewältigen könnte. Gerade auch im Verhältnis zu den armen Ländern

könnte Deutschland möglicherweise unbeschwerter von kolonialen Ressentiments und Verwicklungen auftreten als manch anderer weltpolitischer Akteur.

Deutschland wird ansonsten in Zukunft *weniger einseitig nach Westen* orientiert sein, als es das in den letzten 45 Jahren war – was jedoch kein Weniger an Westorientierung bedeuten muß, denn die Orientierung nach Westen und nach Osten bedeutet nach dem Ende des gleichnamigen Gegensatzes keine Alternative mehr. Die Westorientierung ist in einem Maße integraler Teil der staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wirklichkeit geworden, daß sie kaum eigens als solche konzeptionell angegangen werden müßte. In Zeiten, in denen es nicht einmal mehr als unvorstellbar gilt, daß eines Tages Rußland Mitglied der NATO wird, ist indes Ostorientierung für alle Staaten des Westens gewissermaßen Pflichtprogramm. Schon aus eigenem Interesse wird jeder, dem am Fortbestand der westlichen Zivilisation gelegen ist, den Kontakt nach Osteuropa suchen. Nur so scheint eine organische Demokratisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse und damit eine dringend benötigte innere Konsolidierung bzw. in einzelnen Fällen Befriedung der Staaten Osteuropas möglich.

Politisch gewollt und zuwege gebracht muß indes die *weitere Integration Europas* werden. Ohne die sich anbahnende europäische Integration wären die ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands kaum bereit gewesen, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht nur sang- und klanglos hinzunehmen, sondern sie zu befürworten bzw. sie aktiv zu befördern. Kaum ein Land Europas muß daher an einem Zusammenwachsen Europas so interessiert sein wie Deutschland.

An einer Weiterentwicklung auf dem eingeschlagenen Weg muß Deutschland auch im Falle der *Vereinten Nationen* gelegen sein. Der Weltgemeinschaft als solcher ein Handlungsinstrument in die Hand zu geben, mit dem sie Menschenrechtsverletzungen und Völkermord ahnden, Aggressoren zurückweisen und verfolgte Minderheiten schützen kann, ist ein eindeutiger Fortschritt gegenüber einem Zustand, in dem die Welt zu großen Teilen in zwei Einflußsphären geteilt war und die entsprechenden Supermächte Einwirkungsversuche der anderen Seite als unangemessene Einmischungen in die eigenen Angelegenheiten betrachteten.

Selbst wenn nichts dafür spricht, daß die Vereinten Nationen ihre Handlungsfähigkeit von heute auf morgen entscheidend verbessern – dafür sind die Beharrungskräfte des traditionellen nationalstaatlichen Souveränitätsverständnisses zu groß –, schon aufgrund der eigenen Vergangenheit ist gerade Deutschland dazu herausgefordert, beharrlich die Vereinten Nationen in diese Richtung zu stärken. Dies dürfte um so erfolgversprechender sein, je realistischer man hier vorgeht. Mit ebenso phantastisch anmutenden wie aber auch noch längst nicht wirklich durchdachten Visionen von den Vereinten Nationen als der *Weltregierung mit globalem Gewaltmonopol* sollte man sich indes nicht allzusehr aufhalten. Vorläufig scheint diese Vision, und mehr ist es wohl nicht, den Blick zu verstellen für das auf absehbare Zeit Machbare.

Klaus Nientiedt